

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES  
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 4

DIENSTAG, DEN 15. JANUAR

2013

## Inhalt:

|                                                                                                                                                                                      | Seite |                                                                                                                                                                                                                                | Seite |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Sitzungen der Bürgerschaft .....                                                                                                                                                     | 65    | Planänderungen im gemeinsamen Planfeststellungsverfahren für die Verlegung der B 4/75 (Wilhelmsburger Reichsstraße), die Anpassung von Eisenbahnbetriebsanlagen und die Errichtung von Lärmschutzanlagen in Wilhelmsburg ..... | 66    |
| Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten .....                                                                          | 65    | Öffentliche Zustellung .....                                                                                                                                                                                                   | 67    |
| Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht ..... | 66    | Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen .....                                                                                                                                                                                  | 67    |

## BEKANNTMACHUNGEN

### Sitzungen der Bürgerschaft

Die nächsten Sitzungen der Bürgerschaft finden am Mittwoch, dem 23. Januar 2013, um 15.00 Uhr und am Donnerstag, dem 24. Januar 2013, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 15. Januar 2013

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 65

### Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

Vom 8. Januar 2013

Auf Grund von § 36 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), zuletzt geändert am 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353, 2354), wird bestimmt:

Die Anordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten vom 2. September 1975 (Amtl. Anz. S. 1337), zuletzt geändert am 20. September 2011 (Amtl. Anz. S. 2157, 2166), wird wie folgt geändert:

1. Hinter Abschnitt III wird folgender neuer Abschnitt IV eingefügt:

„IV

Zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist bei Verstößen gegen

1. § 22 Absatz 1 des Arbeitszeitgesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170, 1171), zuletzt geändert am 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1583, 1599),
2. §§ 8 und 8 a des Fahrpersonalgesetzes in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 641), zuletzt geändert am 31. Juli 2010 (BGBl. I S. 1057, 1058),
3. § 26 des Chemikaliengesetzes in der Fassung vom 2. Juli 2008 (BGBl. I S. 1147), zuletzt geändert am 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212, 263),

4. § 97 Absatz 1 in Verbindung mit § 96 Nummern 5 und 18 b sowie § 97 Absatz 2 Nummer 1 des Arzneimittelgesetzes in der Fassung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3395), zuletzt geändert am 19. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2192, 2216),

5. § 144 Absatz 1 Nummern 1 c bis 1, Nummer 2, § 145 Absatz 1 sowie § 146 Absatz 1 Nummern 1 und 1 a der Gewerbeordnung in der Fassung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 203), zuletzt geändert am 15. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2714, 2718), sofern im Gewerbezentralregister bereits ein Widerruf oder eine Rücknahme der Erlaubnis eingetragen ist oder die erforderliche Erlaubnis nicht vorliegt,

6. § 61 Absatz 1 Nummer 1 und Nummer 5 Buchstabe a des Personenbeförderungsgesetzes in der Fassung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1691), zuletzt geändert am 22. November 2011 (BGBl. I S. 2272, 2276),

7. § 19 Absatz 1 Nummer 1 b des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 22. Juni 1998 (BGBl. I S. 1485), zuletzt geändert am 25. November 2012 (BGBl. II S. 1381),

8. § 19 Absatz 2 Nummer 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs (ABl. EU Nr. L 300 S. 72), geändert am 9. Juli 2012 (ABl. EU Nr. L 178 S. 5),

in der jeweils geltenden Fassung neben der nach Abschnitt I zuständigen Behörde

die Behörde für Inneres und Sport.“

2. Die bisherigen Abschnitte IV bis VI werden Abschnitte V bis VII.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 8. Januar 2013.

Amtl. Anz. S. 65

## Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Vattenfall Europe Wärme AG, Puschkinallee 52, 12435 Berlin, hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Errichtung und den Betrieb eines Heizwerks mit einer Leistung von 165 MW (Nummer 1.1 Spalte 1 des Anhangs zur Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG [4. BImSchV]) auf dem Grundstück Haferweg 17 in Hamburg-Altona, Gemarkung Ottensen, Flurstück 2452, beantragt.

Das Heizwerk besteht aus zwei Heißwassererzeugern mit einer Feuerungswärmeleistung von jeweils 55 MW sowie einem Dampferzeuger mit nachgeschalteter Dampfturbine mit einer Feuerungswärmeleistung von 55 MW. Das Heizwerk wird im Regelfall mit Gas betrieben und dient der Fernwärmeversorgung und untergeordnet der Erzeugung von 7 MW elektrischer Energie.

Das Vorhaben ist der Nummer 1.1.2 Spalte 2 Buchstabe A der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zuzuordnen. Nach der gemäß § 3 c Satz 1 UVPG vorgenommenen allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Begründung der Feststellung, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 31. Dezember 2012

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –  
Abteilung Betrieblicher Umweltschutz**

Amtl. Anz. S. 66

## Planänderungen im gemeinsamen Plan- feststellungsverfahren für die Verlegung der B 4/75 (Wilhelmsburger Reichsstraße), die Anpassung von Eisenbahnbetriebs- anlagen und die Errichtung von Lärmschutzanlagen in Wilhelmsburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, in Auftragsverwaltung für die Bundesrepublik Deutschland (Vorhabenträgerin des Straßenbauvorhabens), und die Deutsche Bahn Netz AG (Vorhabenträgerin der Anpassung der Bahnanlagen) beabsichtigen, das oben genannte Vorhaben durchzuführen. Der Plan hierzu hat vom 17. Februar 2011 bis 16. März 2011 öffentlich ausgelegen. Dieser Plan soll nun geändert werden.

Die Änderungen betreffen vor allem eine geänderte Führung des Vogelhüttendeichs, die Ausführung eines Regenrückhaltebeckens im Bereich der Anschlussstelle Wilhelmsburg-Süd, eine geänderte Straßenentwässerung im Bereich Rotenhäuser Straße, eine fledermausgerechte Beleuchtung unter der Brücke über den Ernst-August-Kanal, die verlegte Wilhelmsburger Wettern, die Straßenentwässerung der Kornweide, die Radwegführung im Bereich der Kornweide, die Rampen und Zubringer an der Anschlussstelle Rotenhäuser Straße, Änderungen an Versorgungsleitungen, Anpassungen von Bahnanlagen auch in Bezug auf Rettungswege und eine Änderung des Landschaftspflegerischen Begleitplans, z.B. im Hinblick auf die Bilanzierung von Einzelbäumen und die Planung einer neuen Ausgleichsmaßnahme „Neue Höder Wettern“. Daneben haben die Vorhabenträgerinnen eine überarbeitete Lärmtechnische Untersuchung sowie – für den Bereich Katenweg und Siebenbrüderweide – ein Verschattungsgutachten eingereicht.

Die Änderungen des Vorhabens lassen auch veränderte Schallauswirkungen an zahlreichen Immissionsorten erwarten. Die Vorhabenträgerinnen haben mitgeteilt, dass zwar nach wie vor der Schienen- und Straßenlärm gegenüber dem Zustand ohne das Bauvorhaben fast überall abnehmen werde. An einigen Immissionsorten falle diese Minderung aber geringer aus als bei der bisherigen Planung. Insbesondere könnten deswegen bei einigen Immissionsorten, anders als bei der bisherigen Planung, die Grenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung nicht mehr unterschritten werden. Bei anderen Immissionsorten könnten dagegen diese Grenzwerte erstmals eingehalten werden, so dass die bisher für diese Betroffenen vorgesehenen Erstattungsleistungen für Schallschutzaufwendungen am Gebäude nicht mehr vorgesehen seien.

Da es sich um die Änderung eines ausgelegten Planes handelt und dadurch der Aufgabenbereich einer Behörde oder Belange Dritter erstmalig oder stärker als bisher berührt werden können, wird den bekannten Betroffenen die Änderung mitgeteilt und ihnen Gelegenheit zu Stellungnahmen und Einwendungen innerhalb von zwei Wochen gegeben; auch die Vereinigungen werden entsprechend beteiligt (§§ 73 Absatz 8 HmbVwVfG, 17 a Nummer 6 FStrG).

Um auch gegebenenfalls unbekannte erstmalig oder stärker als bisher Betroffene zu erreichen, erfolgt zusätzlich und über das in §§ 73 Absatz 8 HmbVwVfG, 17 a Nummer 6 FStrG vorgesehene Mitteilungsverfahren hinaus eine Benachrichtigung über die Planänderungen auch durch diese öffentliche Bekanntmachung. Die Betroffenen, die nicht unmittelbar benachrichtigt worden sind, haben Gelegenheit, zu den Änderungen innerhalb einer Einwendungsfrist von zwei Wochen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger Einwendungen zu erheben. Die Änderungsunterlagen können bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Raum 664, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, während der üblichen Dienstzeiten eingesehen werden. Die Planunterlagen einschließlich der Änderungsunterlagen sowie allgemeine Informationen zum Planfeststellungsverfahren und weitere Kontaktdaten sind auch im Internet unter der Adresse <http://www.hamburg.de/np-planfeststellungsverfahren/veroeffentlicht>.

Einwendungen, die nach Ablauf der Einwendungsfrist eingehen, sind gemäß §§ 17 a Nummer 7 FStrG, 73 Absatz 4 HmbVwVfG ausgeschlossen. Dies gilt ebenso für Stellungnahmen der Vereinigungen. Die Frist ist eine gesetzliche Ausschlussfrist und kann nicht verlängert werden. Einwen-

dungen sowie Stellungnahmen der Vereinigungen müssen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Anhörungsbehörde (Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg) erhoben werden. Die Versendung einer E-Mail genügt nicht.

Gleichzeitig besteht die Gelegenheit, sich innerhalb der genannten Frist zu den Umweltauswirkungen der Änderungen zu äußern.

Die Einwendungen sind allein gegen die Änderungen zu richten. Hinsichtlich des ursprünglich ausgelegten Inhalts der Planung ist die Einwendungsfrist verstrichen. Die insoweit bereits jetzt bei der Planfeststellungsbehörde vorliegenden Einwendungen und Stellungnahmen bleiben Bestandteil des Verfahrens und müssen nicht erneut eingereicht werden.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleich lautender Texte eingereicht worden sind, gilt für das Planfeststellungsverfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist, soweit er nicht von den Unterzeichnern als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Einwendungen, die die genannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten oder bei denen der Vertreter keine natürliche Person ist, können unberücksichtigt bleiben; dasselbe gilt insoweit, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben (§ 17 HmbVwVfG).

Hamburg, den 9. Januar 2013

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**

Amtl. Anz. S. 66

## Öffentliche Zustellung

Eine zustellfähige Anschrift des zuletzt in der Freien und Hansestadt Hamburg aufhältigen Herrn Ingo Sebasti-

ano Micali, geboren am 14. Juni 1963 in Mailand/Italien, ist nicht bekannt. Eine letztbekannte Anschrift liegt nicht vor.

Bei der Behörde für Inneres und Sport, Polizei, Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg (Eingangshalle), wird am 8. Januar 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354, 2356) eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den oben Genannten ein Gebührenbescheid vom 8. Januar 2013 (Aktenzeichen: J 210/3471/2012) betreffend des bestandskräftig zurückgewiesenen Widerspruchs gegen die Aufenthaltsverbotsverfügung des PK 43 vom 27. Juni 2012 (Aktenzeichen: 043KED/5G/0444275/2012) beim Justizariat der Polizei, Polizeipräsidium, V. Obergeschoss, Zimmer 5 E 080, zur Entgegennahme bereitliegt.

Durch die Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Der Widerspruchsbescheid gilt nach § 10 Absatz 2 Satz 6 VwZG als am 23. Januar 2013 zugestellt.

Hamburg, den 8. Januar 2013

**Die Behörde für Inneres und Sport**

– Polizei –

Amtl. Anz. S. 67

## Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen werden im Bezirk Altona, Gemarkung Lurup, Ortsteil 220, vier am Eckhoffplatz gelegene Straßenflächen (Flurstücke 5283, 5284, 5285, 5286) mit sofortiger Wirkung als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich entwidmet.

Hamburg, den 7. Januar 2013

**Das Bezirksamt Altona**

Amtl. Anz. S. 67

# ANZEIGENTEIL

## Behördliche Mitteilungen

### Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Projektgruppe Wilhelmsburg  
Telefon: 040/4 28 40 - 23 27  
Telefax: 040/4 28 40 - 26 28  
E-Mail: projektgruppewilhelmsburg@bsu.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung, Ausstattung/Möblierung von Archiv- und Lagerräumen, Besprechungsräumen und Umkleiden
- e) Hamburg-Wilhelmsburg
- f) Vergabenummer: ÖA Z1 039/13  
Umfang:  
– 236 Stück Grundregal 100 cm breit; 7 OH hoch; für stehende Akten

- 333 Stück Anbauregal 100 cm breit; 7 OH hoch; für stehende Akten
- 99 Stück Anbauregal 75 cm breit; 7 OH hoch; für stehende Akten
- 98 Stück Anbauregal 50 cm breit; 7 OH hoch; für stehende Akten
- 69 Stück Grundregal 100 cm breit; 8 OH hoch; für stehende Akten
- 27 Stück Grundregal 100 cm breit; 9 OH hoch; für T-Gleit-Registratur
- 35 Stück Anbauregal 100 cm breit; 9 OH hoch; für T-Gleit-Registratur
- 5 Stück Schwerlastregal 100 cm breit; mit 5 Fachböden
- 7 Stück Anbauschwerlastregal 100 cm breit; mit 5 Fachböden
- 100 Stück Auszugböden für Regale
- 29 Stück Klappische für Regale

- 12 Stahlschränke mit unterschiedlichen Maßen
- 94 Stück Sicherheitsstehleitern
- 94 Stück Rolltrittthocker
- 9 Stück Umkleideschrank; Abteibbreite ca. 350 mm; Schrankbreite 700 mm
- 28 Stück Umkleideschrank; Abteibbreite ca. 350 mm; Schrankbreite 1400 mm
- 6 Stück Umkleidesitzbänke; Sitzlänge ca. 1000 mm
- 100 Stück Kommunikationsleiste; Länge ca. 3000 mm
- 100 Stück Kommunikationstafel; Breite ca. 1000 mm
- 230 Stück Pinnwände 1600 mm x 700 mm
- 870 Stück Pinnwände 1800 mm x 700 mm
- 200 Stück Planhalter Grundmodul; Länge ca. 1100 mm
- 100 Stück Planhalter Verlängerungsmodul; Länge ca. 1100 mm

g) Entfällt

h) Los 1: Archiv- und Schwerlastregale

Los 2: Stahlschränke

Los 3: Sicherheitsstehleitern und Rolltrittthocker

Los 4: Umkleideausstattung

Los 5: Planhalter, Pinnwände und Wandschienensysteme  
Angebote können für eines, mehrere oder alle Lose eingereicht werden.

i) Beginn: 11. April 2013, Ende: 10. Juni 2013

j) Nebenangebote sind für Los 1 (Archiv- und Schwerlastregale) zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme

Vom 7. Januar 2013 bis 25. Januar 2013, montags bis freitags, von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Zentrale Vergabeaufsicht der BSU (ZVA);  
Raum E 228, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,  
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54

l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: FHH BSU

Kontonummer: 375 202 205, BLZ: 200 100 20,  
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 29. Januar 2013, 9.30 Uhr eingereicht werden.

o) Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Eröffnungsstelle,  
Raum E 231, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 29. Januar 2013 um 9.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Abs. 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 15. April 2013.

w) Beschwerdestelle:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Leiter des Amtes für Zentrale Dienste  
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg  
Telefax: 040 / 4 28 40 - 26 28

Hamburg, den 4. Januar 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt** 29

### Öffentliche Ausschreibung § 3 VOL/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg  
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer  
Zentrale Vergabestelle K5  
Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,  
Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 99  
Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88

Angebote sind zu richten an:

Freie und Hansestadt Hamburg  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Eröffnungsstelle – Zentrale Vergabeaufsicht –  
Zimmer E 231, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

b) Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 VOL/A  
Vergabenummer: **ÖA-K5-047/13**

c) Gegenstand der Ausschreibung ist ein Rahmenvertrag für die Lieferung von Verkehrszeichen für Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg, Anstalten des öffentlichen Rechts und Hamburg Wasser (HWW). Die Laufzeit des Vertrags beträgt 2 Jahre, vom 1. März 2013 bis 28. Februar 2015.

Ort der Leistung: Hamburg

d) Aufteilung in Lose: Nein

e) Ausführungsfrist:

Beginn: 1. März 2013, Ende: 28. Februar 2015.

f) Anforderung der Verdingungsunterlagen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 228,  
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,  
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54

vom 8. Januar 2013 bis 28. Januar 2013,  
montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

g) Einsicht der Verdingungsunterlagen siehe Buchstabe f)

h) Kostenbeitrag für die Verdingungsunterlagen

Höhe des Kostenbeitrages 18,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung.

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA),

Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,  
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe f) schicken.

- i) Ende der Angebotsfrist: 29. Januar 2013 um 10.30 Uhr.
- l) Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B
- m) Geforderte Eignungsnachweise:  
Von in- und ausländischen Bieterinnen ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von ausländischen Bieterinnen wird gegebenenfalls eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Vorlage nach Aufforderung. Die Auskunft darf nicht älter als drei Monate sein. Auf gesonderte Nachfrage einzureichen: Handelsregisterauszug, Referenzliste über ähnliche Aufträge der letzten 5 Jahre, inkl. Ansprechpartner, gegebenenfalls Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung entsprechender in den letzten 3 Jahren erbrachter Leistungen, Umsatz der letzten 3 Jahre, Musterstücke der angebotenen Produkte.
- n) Die Bindefrist endet am: 28. Februar 2013
- o) Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Angebots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 19 VOL/A).

Hamburg, den 7. Januar 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt** 30

#### Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,  
Behörde für Wissenschaft und Forschung,  
vertreten durch die  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
ABH 57, Hochschulbau – HSB,  
Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss, 22083 Hamburg,  
Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87  
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Lieferung und Montage Lüftungs- und Kältetechnischer Anlagen
- e) Labor für Meeresforschung  
Große Elbstraße 178-210, 22767 Hamburg
- f) Vergabenummer: **ÖA – BSU/HSB 1/13**  
Massenabschätzung:  
2 Stück RLT-Gerät 1000 m³/h, Umluft  
1 Stück RLT-Außengerät 2800 m³/h mit WRG  
6 Stück Umluftgeräte Heizen/Kühlen  
320 lfdm PPs-Lüftungsrohr DN 80–DN 450  
40 Stück PVC Lüftungsgitter  
3 Stück luftgekühlte Kältemaschine 60 kW,  
Wasser/Glykol

1 Stück hydr. Weiche 1300 l., MAG, Pumpen 30 m³/h  
300 lfdm geschw. PE-Rohr DN 15–DN 100

13 Stück Anschlussgruppe RLT-Geräte, Wärmetauscher

- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn: 21. Kalenderwoche 2013  
Ende: 46. Kalenderwoche 2013
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:  
vom 10. Januar 2013 bis 1. Februar 2013, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 35,– Euro  
Erstattung: Nein  
Zahlungsweise: ausschließlich Banküberweisung  
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.  
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,  
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,  
IBAN: DE6620000000020001560,  
Geldinstitut: Bundesbank  
Verwendungszweck:  
Referenz: 4040600000004 (ÖA – 1/13)  
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 12. Februar 2013, 10.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 12. Februar 2013, 10.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).  
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 12. April 2013.
- w) Beschwerdestelle:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Amt für Bauordnung und Hochbau,  
Amtsleiter – ABH 0,  
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

Hamburg, den 8. Januar 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt** 31

**Öffentliche Ausschreibung**  
**Vergabenummer: 13 A 0001**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
 Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,  
 Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
- b) Vergabeverfahren:  
 Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
 Vergabenummer: **13 A 0001**  
 30001 K 1101 599367 Altlastenbes., San. LCKW-Schaden
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:  
**Marschweg 100, 22559 Hamburg**
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
 Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
 PER Rammsondierung für Grundwassermonitoring  
 Art und Umfang der Leistung:  
 22 SHW Bohrungen in der Geest bis ca. 27 m Tiefe,  
 GW Stand bei ca. 12 m unter GOK  
 3-6 SHW Proben in unterschiedlichen Tiefen pro Bohrung,  
 Geologieerkundung mit Rammkernsondierung
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:  
 Beginn der Ausführung: 4. März 2013  
 Fertigstellung der Leistungen bis: 5. April 2013
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:  
 bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).  
 Bewerbungsschluss: 28. Januar 2013  
 Versand der Verdingungsunterlagen: 4. Februar 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:  
 Höhe des Entgeltes: 9,- Euro  
 Zahlungsweise: Banküberweisung  
 (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!)  
 Empfänger: siehe Buchstabe a)  
 Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,  
 Geldinstitut: Hamburger Sparkasse  
 IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33  
 BIC-Code: HASPDEHHXXX  
 Verwendungszweck:  
 Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0001  
 Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.  
 Hinweis:  
 Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
  - gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
  - das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
- Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:  
 22. Februar 2013, 10.00 Uhr,  
 Ort: siehe Buchstabe a)  
 Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
 Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:  
 selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
- u) Nachweise zur Eignung:  
 Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen. Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) erbracht werden.  
 Hinweis: Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen.  
 Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.  
 Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen:  
 Zusätzliche Nachweise zur Fachkunde und technischen Leistungsfähigkeit:  
 Für das ausführende Bohrunternehmen ist ein Zertifikat nach DVGW W 120 zwingend erforderlich. Das Zertifikat über ein DVGW-Fachunternehmen nach DVGW W 120 ist dem Angebot beizufügen. Hinsichtlich seiner technischen Leistungsfähigkeit muss das ausführende Bohrunternehmen in der Lage sein, die beschriebenen Rammsondierungen zur Gewinnung von SHW-Grundwasserproben bis in eine Tiefe von 30 m unter Flur auszuführen.
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 22. März 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:  
 Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)  
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
 Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450  
 Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):  
 Vergabekammer (§ 104 GWB)

## x) Sonstige Angaben:

**Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).**

**Technische Fragen: Herr Scherr**  
**Telefon: 040 / 4 28 42 - 246**

Hamburg, den 9. Januar 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**  
**– Bundesbauabteilung –**

32

**Öffentliche Ausschreibung**

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,  
 Zentrale Vergabestelle K5,  
 Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,  
 Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 93  
 Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88  
 E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung.
- e) Hamburg
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-018/13**  
 Wesentliche Leistungen:  
 Die Ausschreibung beinhaltet Leistungen, die bei der Instandsetzung von Ingenieurbauwerken aus Beton, überwiegend Brücken und Tunnel, üblicherweise anfallen. Die Leistungen sind in einem Rahmenleistungsverzeichnis aufgeführt. Aus dem Rahmenvertrag werden im Bedarfsfall Einzelaufträge zu festen Einheitspreisen beauftragt. Die Einzelaufträge gehen von Kleinbaumaßnahmen bis zu Baumaßnahmen mit Auftragssummen von 125 000,- Euro brutto.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. April 2013  
 Ende: 31. Dezember 2013
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen,  
 sowie Einsichtnahme:  
 vom 11. Januar 2013 bis 4. Februar 2013,  
 montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.  
 Anschrift:  
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
 RB/ZVA, Zimmer E 228,  
 Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,  
 Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 40,- Euro  
 Erstattung: Nein  
 Zahlungsweise: Banküberweisung  
 Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.  
 Empfänger:  
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
 Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,  
 Geldinstitut: Postbank Hamburg  
 Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

## m) Entfällt

- n) Die Angebote können bis zum 7. Februar 2013, 9.30 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:  
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
 Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E 231,  
 Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 7. Februar 2013, 9.30 Uhr.  
 Anschrift siehe Buchstabe o).  
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Abs. 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen. Qualifikationsnachweis MVAS, Qualifikationsnachweis SiGeKo, Mindestens ein qualifizierter Mitarbeiter der Firma ist als Ansprechpartner (Kolonnenführer gem. ZTV-ING) namentlich zu benennen, für den der Nachweis der Qualifikation im Umgang mit der Verarbeitung von Kunststoffen zu erbringen ist; als Nachweis wird ausschließlich die Bescheinigung vom Ausbildungsbeirat „Verarbeiten von Kunststoffen im Betonbau“ beim Deutschen Beton-Verein e.V. (SIVV-Schein) anerkannt. Gleichartige Nachweise der Qualifikation für Korrosionsschutzarbeiten (Korrosionsschutzschein nach ZTV-ING, Teil 4, Abschnitt 3). Gleichartige Nachweise der Qualifikation für Abdichtungsarbeiten. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass es Mitarbeiter mit gültigem Düsenführerschein (SPCC) gibt (Zertifikat und Bescheinigung der Firmenzugehörigkeit). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass der Bieter Mitglied einer auf dem Gebiet der Fremdüberwachung der Ausführung nach ZTV-ING anerkannten Überwachungs- und Güteschutzgemeinschaft ist.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 15. März 2013.
- w) Beschwerdestelle:  
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,  
 Geschäftsführer (GF),  
 Sachsenkamp 1-3, 20097 Hamburg,  
 Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 9. Januar 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

33

**Auftragsbekanntmachung**

**D-Hamburg: Bauarbeiten für Industriebauten**  
**2012/S 248-410156**

**Bauauftrag**  
**Richtlinie 2004/18/EG**

**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**  
 Freie und Hansestadt Hamburg,  
 Behörde für Inneres und Sport – Feuerwehr –,

Kontaktstelle(n): – F0111 –  
Westphalensweg 1, 20099 Hamburg,  
Deutschland  
Telefon: + 49 (40) / 4 28 51 - 41 13,  
Telefax: + 49 (40) / 4 28 51 - 41 49,  
E-Mail:  
ausschreibungsstelle@feuerwehr.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des Auftraggebers:  
www.feuerwehr.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen  
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
die oben genannten Kontaktstellen

**I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

**I.3) Haupttätigkeit(en)**

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

**I.4) Auftragsvergabe im Auftrag  
anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**

**II.1) Beschreibung**

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Planung, Errichtung und schlüsselfertige Übergabe einer Brandsimulationsanlage, bestehend aus den Modulen U- und S-Bahnhof sowie Industriebrandanlage.

**II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Bauftrag

Planung und Ausführung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Feuerwehr Hamburg

Feuerwehrakademie

Bredowstraße 42, 2113 Hamburg

NUTS-Code: DE60

**II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

**II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**

**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Planung auf Grundlage der vorliegenden Baugenehmigung, Errichtung und schlüsselfertige Übergabe einer Brandsimulationsanlage als Generalunternehmer bestehend aus den 2 Modulen

Industrieanlage und U-/S-Bahntunnel mit der optionalen Möglichkeit der Ergänzung um weitere Module zu einem späteren Zeitpunkt. Für die schlüsselfertige Brandsimulationsanlage einschließlich der Steuerungstechnik, also inklusive der Erd- und Leitungslegungs sowie sonstiger Nebenarbeiten, können nach der gegenwärtigen Schätzung nicht mehr als 1,7 Mio. Euro zzgl. Umsatzsteuer aufgewendet werden. In diesen Kosten ist die jährliche Wartung nicht mit enthalten.

Folgende Ausbildungsziele sollen durch den Vertragsgegenstand umgesetzt werden:

1. Erlernen, vertiefen und trainieren von Taktiken zur Menschenrettung
2. Erlernen, vertiefen und trainieren von Angriff- und Löschtaktiken
3. Einsatztaktisches Strahlrohrtraining
4. Erfahren der Belastungsgrenzen der Schutzkleidung
5. Erkunden und Begehen der unterschiedlichen Angriffswege.

**II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV): 45213250**

**II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**

**II.1.8) Lose**

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

**II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote**  
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

**II.2) Menge oder Umfang des Auftrag**

**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Der Auftrag wird an einen Generalunternehmer vergeben. Der Auftrag umfasst:

1. Planung,
2. Bau (inkl. aller Nebengewerke) und
3. schlüsselfertige Übergabe

der Brandsimulationsanlage, bestehend aus den Modulen Brandsimulation U-/S-Bahnhof und Industriebrandanlage. Die Module sollen hinsichtlich Technik und Anlage um weitere Module zu einem späteren Zeitpunkt ergänzbar sein. Die Baugenehmigung liegt vor.

Geschätzter Wert ohne MwSt:

Spanne von 1 000 000,- Euro bis 1 700 000,- Euro

**II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja**

Beschreibung der Optionen:

Abschluss eines Wartungsvertrages.

Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen:  
in Monaten: 60 (ab Auftragsvergabe)

**II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

**II.3) Vertragslaufzeit bzw.**

**Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 1. Juli 2013. Abschluss: 30. Juni 2014

### ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

#### III.1) Bedingungen für den Auftrag

##### III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:

Sicherheit für die Vertragserfüllung 5 v.H. der Auftragssumme, Sicherheit für die Mängelansprüche 3 v.H. der Auftragssumme, jeweils wahlweise durch Einbehalt oder Bürgschaft oder Hinterlegung von Geld.

##### III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

VOB/B bzw. als Ergebnis des Verhandlungsverfahrens.

##### III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigten Vertreter(in).

##### III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

#### III.2) Teilnahmebedingungen

##### III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

1. Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen – sofern zutreffend.
2. Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
3. Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder „Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin. Ferner erkläre ich, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen wegen z.B. wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB, Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB) unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als

3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“

4. Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf. Ausländische Bewerber haben vergleichbare Nachweise/Bescheinigungen vorzulegen.

##### III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

1. Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder entsprechend testierter Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
2. Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zuvergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.

##### III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

Angabe der Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.

##### III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

#### III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

##### III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

##### III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

#### IV.1) Verfahrensart

##### IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden:

Geplante Mindestzahl: 3/Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Erfüllung folgender Anforderungen an den Bewerber:

In der Bewerbung sind folgende Anforderungen nachzuweisen:

Formale Anforderungen:

1. Eigenerklärung über die Leistungen in den letzten drei Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung hinsichtlich der Art der zu erbringenden Leistungen und dem Investitionsvolumen vergleichbar sind. Bei Bewerbungsgemeinschaften muss das jeweilige Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft die Leistungen für den Bereich nachweisen, den es erbringen wird.
2. Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung i.S.d. § 8 Nr. 5 Abs. 1 lit. c VOB/A vorliegt. Als schwere Verfehlungen in diesem Sinne werden angesehen, die rechtskräftige Verurteilungen nach den §§ 129-129b, 261, 263, 298, 299, 333, 334 StGB sowie nach dem Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechungen.
3. Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes und – sofern vorhanden – gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EstG, ausländische Bewerber haben vergleichbare Nachweise/Bescheinigungen vorzulegen.
4. Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkassen über die vollständige Entrichtung von Beiträgen
5. Nachweis der Gewerbeanmeldung durch Auszug aus dem Gewerbezentralregister, ausländische Bewerber haben vergleichbare Nachweise/Bescheinigungen vorzulegen.
6. Nachweis der Eintragung in das Berufsregister des Sitzes, ausländische Bewerber haben vergleichbare Nachweise/Bescheinigungen vorzulegen.
7. Eigenerklärung, durch die der Bewerber zusichert, dass er bei Erteilung des Auftrags seinen Arbeitnehmern mindestens das Entgelt zahlt, das er nach dem für ihn nach dem Arbeitnehmerentgeltgesetz geltenden Tarifvertrag zu zahlen verpflichtet ist – sofern zutreffend.
8. Eigenerklärung, dass der Bewerber die ILO-Kernarbeitsnormen nach § 3 a HmbVG bestmöglichst einhält
9. Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern wenn zutreffend, ist der Erklärung eine Liste der Nachunternehmer beizufügen, die im Falle der Auftragserteilung eingesetzt werden sollen.

Fachliche Anforderungen:

Der Bewerber oder mindestens ein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft müssen zwingend mit der

Bewerbung mindestens Erfahrungen in den folgenden Bereichen nachweisen:

1. Bau mindestens zweigeschossiger Brandhäuser
2. Bauvorhaben mit einer Auftragssumme von mindestens 2 Mio. Euro
3. Simulationsanlagen mit mindestens 10 Brandstellen
4. Voll- und halbautomatische Regelungstechnik für Simulationsanlagen mit mindestens 10 Brandstellen
5. Anlagen mit mindestens 2000 Brandübungen pro Jahr.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Ja

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
F 11/2012

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:  
Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung  
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:  
28. Januar 2013, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:  
Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

**ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/  
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/  
Nachprüfungsverfahren  
Vergabekammer bei der  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg  
Deutschland  
E-Mail: vergabekammer@bsu.hamburg.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen  
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
21. Dezember 2012

Hamburg, den 7. Januar 2013

**Die Behörde für Inneres und Sport  
– Feuerwehr –**

34

#### Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,  
Bezirksamt Wandsbek,  
Management des öffentlichen Raumes – Tiefbau,  
Am Alten Posthaus 2, 22041 Hamburg,  
Telefon: 040/4 28 81 - 33 50, Telefax: 40/4 28 81 - 36 50,  
E-Mail: franca.bialke@wandsbek.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Straßenbauarbeiten
- e) Bezirksamtsbereich Hamburg-Wandsbek
- f) Vergabenummer: **A/D4 G2 – 01 /2013 –  
Umbau der Bushaltestellen Nordlandweg  
(4 Bushaltestellen)**  
ca. 650 m<sup>2</sup> Tragschichten aller Art aufnehmen  
ca. 1200 m<sup>2</sup> Pflaster, Platten etc. aufnehmen  
ca. 600 m Borde aller Art aufnehmen

- ca. 200 m<sup>3</sup> Boden lösen
- ca. 20 m Anschlussleitung ausbauen und erneuern
- ca. 1000 m<sup>2</sup> Tragsch. aller Art herstellen
- ca. 1000 m<sup>2</sup> Oberflächenbefest. aller Art verlegen
- ca. 400 m Borde aller Art herstellen
- ca. 390 m<sup>2</sup> Betondecke herstellen
- ca. 300 m<sup>2</sup> Asphaltdecke herstellen

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: 60 Werktage

Ende: –

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 16. Januar 2013 bis 29. Januar 2013, dienstags bis donnerstags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Bezirksamt Altona, Submissionsstelle, Erdgeschoss,  
Zimmer 2, Jessenstraße 1-3, 22767 Hamburg  
Telefon: 040/4 28 11 - 63 50/- 63 51,  
Telefax: 40/4 28 11 - 63 52

l) Höhe des Kostenbeitrages: 27,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Kasse.Hamburg – Bezirksamt Altona

IBAN: DE54 2000 0000 0020 0015 82

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Bundesbank

Verwendungszweck (unbedingt angeben):

4050 82000 0031 A/D4 G2 – 1/2013

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift k) schicken

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 13. Februar 2013, 11.00 Uhr eingereicht werden.

o) Anschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,  
Bezirksamt Altona, Submissionsstelle, Erdgeschoss,  
Zimmer 2, Jessenstraße 1-3, 22767 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 13. Februar 2013 um 11.00 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter #

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 14. März 2013
- w) Beschwerdestelle:  
Bezirksamt Wandsbek,  
Der Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Umwelt,  
Schloßgarten 9, 22041 Hamburg,  
Telefax: 40/4 28 81 - 22 88

Hamburg, den 9. Januar 2013

**Das Bezirksamt Altona**

35

### **Öffentliche Ausschreibung**

#### **der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Die Behörde für Justiz und Gleichstellung beabsichtigt, die **Lieferung von Menüschilden inkl. Deckel aus Alumi-**

**nium** – ÖA – V 14-1/2013 – im öffentlichen Wettbewerb zu vergeben. Der geschätzte Nettowert pro Jahr beträgt etwa 62 000,- Euro. Der Vertrag wird zum 1. März 2013 zunächst für ein Jahr geschlossen mit der Option, den Vertrag jeweils um ein weiteres Jahr bis längstens 29. Februar 2016 zu verlängern. Die Einreichungsfrist läuft am 14. Februar 2013, 10.00 Uhr, ab. Zuschlagskriterien sind: 60 % Qualität und 40 % Preis. Interessierte Bieter können die Unterlagen per E-Mail: Luise.Rauchhaupt@justiz.hamburg.de, per Telefax: 040/4 28 00 - 14 64, oder schriftlich bei der Behörde für Justiz und Gleichstellung, Referat Logistik, V 14/1, Suhrenkamp 100, 22335 Hamburg, abfordern.

Hamburg, den 7. Januar 2013

**Die Behörde für Justiz und Gleichstellung**

36

## **Sonstige Mitteilungen**

### **Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)**

**DESY Ausschreibungsnummer: C2001-13-XFEL**

#### **a) Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY  
Haus- und Lieferanschrift:  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
Briefpost: 22603 Hamburg  
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

#### **b) Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Abs. 1 VOL/A)

#### **c) Form in der Angebote einzureichen sind:**

Angebote sind schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit der Kennzeichnung:

**„Öffentliche Ausschreibung DESY C2001-13-XFEL, Angebotstermin 11. Februar 2013“**

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY  
Haus- und Lieferanschrift:  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
Briefpost: 22603 Hamburg**

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

#### **d) Art und Umfang der Leistung:**

Die Überlassung eines Maschinenbauingenieurs (FH) mit Schwerpunkt Verfahrenstechnik für die Bauaufsicht, Planung und Abstimmung der Installation der Wasserkühlung für den XFEL nach AÜG.

Die Ausführung der Leistung erfolgt nur durch Unternehmen, die zum Verleih von Arbeitskräften nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) nachweislich zugelassen sind. Nachunternehmer sind nicht zugelassen.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg.

#### **e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: entfällt**

#### **f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:**

In Nebenangeboten können weitere Stundenverrechnungssätze angeboten werden, sollten diese durch z.B. teilweise erworbene Zusatzqualifikationen der Mitarbeiter variieren.

Kaufmännische Nebenangebote (z.B. Zahlungsbedingungen, Bürgschaft über die Absicherung der Abfuhr von Sozialbeiträgen) sind nicht zugelassen.

#### **g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**

Vertragslaufzeit: für voraussichtlich 18 Monate  
Beginn: 2. April 2013

#### **h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY  
Abteilung V4 – Warenwirtschaft, Frau Roy  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09  
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

#### **i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 4. Februar 2013 angefordert werden.**

Ablauf der Angebotsfrist: **11. Februar 2013**

Ablauf der Bindefrist: **2. April 2013**

#### **j) Geforderte Sicherheiten:**

Bei Vertragsabschluss ist eine unbefristete, unbedingte, selbstschuldnerische, für DESY kostenfreie Bürgschaft über die Absicherung der Abfuhr von Sozialbeiträgen eines in der europäischen Gemeinschaft oder in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers zu stellen. Der Ausschluss der Einrede der Aufrechenbarkeit und sonstiger Einreden in Bezug auf rechtskräftig festgestellte, anerkannte oder unstreitiger Gegenforderungen ist nicht erforderlich.

Die Höhe der Bürgschaft beträgt 10 % der Netto-Auftragssumme und wird nach Ablauf von 4 Jahren nach Vertragsende an den Bürgen zurückgegeben.

Für die Bürgschaft gilt, dass sie deutschem Recht unterliegt und Hamburg als Gerichtsstand benannt wird.

**k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**

Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

**l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:**

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr) im Geschäftsbereich der Arbeitnehmerüberlassung.
- Eigenerklärung, dass der gesetzlich geschlossene Mindestlohn für Zeitarbeit, gemäß dem Entsendegesetz in der neusten Fassung eingehalten wird.
- Kopie der aktuellen Genehmigung zur Arbeitnehmerüberlassung nach § 1 AÜG.
- Eigenerklärung, ob der Bieter Mitglied im Bundesverband der Personaldienstleister (BAP) ist oder nicht.
- Nennung und Darlegung des Tarifvertrages, der Anwendung findet; ggf. Haustarifvertrag.
- Profile aller zur Zeit zur Verfügung stehender Mitarbeiter(innen), die in den technischen Spezifikationen geforderten Qualifikationen und Anforderungen erfüllen.

**Mindestangaben:**

- Kurzbeschreibung des Mitarbeiters über seine bisherigen Tätigkeiten mit kurzen Erläuterungen inkl. Zeitangaben.
- Tabellarischer Lebenslauf.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind. Alle geforderten Nachweise und Erklärungen, die dort nicht hinterlegt sind, sind mit dem Angebot einzureichen.

**m) Vervielfältigungskosten: entfällt****n) Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.

Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 7. Januar 2013

**Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY**

37

**Bekanntmachung  
einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)**

**DESY Ausschreibungsnummer: C2002-13**

**a) Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY  
Haus- und Lieferanschrift:  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
Briefpost: 22603 Hamburg  
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

**b) Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Abs. 1 VOL/A)

**c) Form in der Angebote einzureichen sind:**

Angebote sind schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung:

**„Öffentliche Ausschreibung DESY C2002-13,  
Angebotstermin 11. Februar 2013“**

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY**

**Haus- und Lieferanschrift:  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
Briefpost: 22603 Hamburg**

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

**d) Art und Umfang der Leistung:**

Die Überlassung zweier Elektrofachkräfte für die Prüfung von ortsfesten Anlagen nach VDE 0100 bzw. VDE 0105 nach AÜG. Eine elektrotechnisch unterwiesene Personen (EUP) ist nicht ausreichend.

Die Ausführung der Leistung erfolgt nur durch Unternehmen, die zum Verleih von Arbeitskräften nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) nachweislich zugelassen sind. Nachunternehmer sind nicht zugelassen.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg, sowie in den drei außerhalb des DESY-Geländes befindlichen HERA-Hallen.

**e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: entfällt****f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:**

In Nebenangeboten können weitere Stundenverrechnungssätze angeboten werden, sollten diese durch z.B. teilweise erworbene Zusatzqualifikationen der Mitarbeiter variieren.

Kaufmännische Nebenangebote (z.B. Zahlungsbedingungen, Bürgschaft über die Absicherung der Abfuhr von Sozialbeiträgen) sind nicht zugelassen.

**g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**

Vertragslaufzeit: für voraussichtlich 24 Monate  
Beginn: 2. April 2013

**h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY  
Abteilung V4 – Warenwirtschaft, Frau Roy  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09  
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

**i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 4. Februar 2013 angefordert werden.**

Ablauf der Angebotsfrist: **11. Februar 2013**

Ablauf der Bindefrist: **2. April 2013**

**j) Geforderte Sicherheiten:**

Bei Vertragsabschluss ist eine unbefristete, unbedingte, selbstschuldnerische, für DESY kostenfreie Bürgschaft über die Absicherung der Abfuhr von Sozialbeiträgen eines in der europäischen Gemeinschaft oder in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers zu stellen. Der Ausschluss der Einrede der Aufrechenbarkeit und sonstiger Einreden in Bezug auf rechtskräftig festgestellte, anerkannte oder unstreitiger Gegenforderungen ist nicht erforderlich.

Die Höhe der Bürgschaft beträgt 10 % der Netto-Auftragssumme und wird nach Ablauf von 4 Jahren nach Vertragsende an den Bürgen zurückgegeben.

Für die Bürgschaft gilt, dass sie deutschem Recht unterliegt und Hamburg als Gerichtsstand benannt wird.

**k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**

Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

**l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:**

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr) im Geschäftsbereich der Arbeitnehmerüberlassung.
- Eigenerklärung, dass der gesetzlich geschlossene Mindestlohn für Zeitarbeit, gemäß dem Entsendegesetz in der neusten Fassung eingehalten wird.

- Kopie der aktuellen Genehmigung zur Arbeitnehmerüberlassung nach § 1 AÜG.
- Eigenerklärung, ob der Bieter Mitglied im Bundesverband der Personaldienstleister (BAP) ist oder nicht.
- Nennung und Darlegung des Tarifvertrages, der Anwendung findet; ggf. Haustarifvertrag.
- Profile aller zur Zeit zur Verfügung stehender Mitarbeiter(innen), die in den technischen Spezifikationen geforderten Qualifikationen und Anforderungen erfüllen.

**Mindestangaben:**

- Kurzbeschreibung des Mitarbeiters über seine bisherigen Tätigkeiten mit kurzen Erläuterungen inkl. Zeitangaben.
- Tabellarischer Lebenslauf.

**Nur wenn vorhanden:**

Kopie der gültigen Genehmigung nach § 15 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV).

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind. Alle geforderten Nachweise und Erklärungen, die dort nicht hinterlegt sind, sind mit dem Angebot einzureichen.

**m) Vervielfältigungskosten: entfällt**

**n) Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.

Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 7. Januar 2013

**Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY**

38

**Auftragsbekanntmachung**

**D-Hamburg: Router für Netzwerke**  
2013/S 005-005533

**Lieferauftrag**  
(Richtlinie 2004/18/EG)

**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

**I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY  
in der Helmholtz Gemeinschaft

Postanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland  
Telefon: +49/40/89 98 - 24 80

Telefax: +49/40/89 98 - 40 09

Zu Händen von Frau Roy

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:  
<http://www.desy.de>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen  
(einschließlich Unterlagen für den Wettbewerb-

lichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**

Sonstige

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Forschung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Lieferung von CISCO Original Komponenten, einschl. des benötigten, qualifizierten Supports, Installations-, Konfigurations- und Integrationsleistungen. Grauiporte werden nicht akzeptiert.

II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Lieferauftrag

Kauf

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

DESY Standort Hamburg

NUTS-Code DE6

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS): –**

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Lieferung von Original CISCO Komponenten, einschl. des benötigten, qualifizierten Supports, Installations-, Konfigurations- und Integrationsleistungen. Es wird ausschliesslich fabrikneue, Original CISCO Ware akzeptiert. Grauiporte werden nicht akzeptiert.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)**

Hauptgegenstand: 32413100

II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**

II.1.8) **Lose: –**

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote:**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Original CISCO Komponenten, einschliesslich des benötigten, qualifizierten Supports, Installations-, Konfigurations- und Integrationsleistungen.

gen. Alle Installations-, Konfigurations- und Integrationsleistungen sind durch den Auftragnehmer an der vorgesehenen Verwendungsstelle in Hamburg zu erbringen. Mögliche Nachunternehmer sind im Angebot durch den Auftragnehmer zu benennen, einschl. der Aufgaben, die von diesen übernommen werden sollen. Es wird ausschliesslich fabrikneue CISCO Ware benötigt. Grauiporte werden aus Gewährleistungs- und Wartungsgründen nicht akzeptiert.

II.2.2) **Angaben zu Optionen:**

Optionen: nein

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung:**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: –**

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Siehe Ausschreibungsunterlagen.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Siehe Ausschreibungsunterlagen.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Arbeitsgemeinschaften haben ihre Mitglieder und einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen:**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Handelsregister- oder Berufsauszug.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Bieter sind aufgefordert, eine Erklärung nach VOL/A § 7 EG (7) abzugeben.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit:**

Referenznachweis über mindestens 5 Kunden wo vergleichbare Leistungen in den letzten 3 Kalenderjahren erbracht wurden. Zu den Nachweisen wird auf die in den Ausschreibungsunterlagen geforderten Nachweise unter Punkt 3.1 verwiesen. Auflistung in einer Anlage, kurz und prägnant zusammengefasst. Darüber hinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –**

- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion  
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 024-12 XFEL
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:  
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 23. Januar 2013, 10.00 Uhr.  
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:  
18. Februar 2013, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 6. Mai 2013
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
Tag: 18. Februar 2013, Ort: DESY Hamburg.  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

**ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben: –**
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren  
Vergabekammern des Bundes  
beim Bundeskartellamt  
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammer gemäß §§ 104 FF GWB. Sie müssen alle festgestellten Vergabeverstöße unverzüglich, schriftlich bei der Vergabestelle rügen. Sofern der Rüge nicht abgeholfen wird, muss innerhalb von 15 Kalendertagen nach Zugang der diesbezüglichen Mitteilung ein Nachprüfungsantrag gemäß §§ 107,108 GWB bei der Vergabekammer des Bundes gestellt werden.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
3. Januar 2013

Hamburg, den 10. Januar 2013

**Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY**

39

**Schlussverteilung**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **ABT Meistertreppen GmbH & Co. Bauelemente KG**, Gutenbergstraße 15, 23566 Lübeck, soll die Schlussverteilung erfolgen. Ich habe die Schlussrechnung unter dem Aktenzeichen 65 a N 514/98 bei dem Amtsgericht Hamburg, Konkursgericht, niedergelegt. Der Massebestand beträgt gemäß Schlussrechnung 57 252,07 Euro. Hiervon abzusetzen sind die Gerichtskosten, die Vergütung/Auslagen des Konkursverwalters sowie die Kosten der Insertion und Aktenverwahrung/-vernichtung. Gemäß dem ergänzten Schlussverzeichnis, das zur Einsichtnahme der Beteiligten bei dem Konkursgericht ausliegt, betragen die zu berücksichtigenden Forderungen nach § 61 I Nr. 1 KO 221,90 Euro, § 61 I Nr. 2 KO 32 903,33 Euro, § 61 I Nr. 3 KO 51,99 Euro und § 61 I Nr. 6 KO 215 835,17 Euro.

Hamburg, den 8. Januar 2013

**Der Konkursverwalter**

H.-J. Müller, Rechtsanwalt

40